



Bericht aus Berlin – Nr. 33 vom 16. Oktober 2026

Sehr geehrte Damen und Herren,

der **Rücktritt von Bundearbeitsministerin Bärbel Bas** zu Beginn dieser Woche hat sehr Viele – auch mich – völlig überrascht. Die Diskussion, die sich daraus entwickelte, halte ich – wohlgemerkt bei allem persönlichen Mitgefühl und Verständnis für den Verlust und die Trauer von Frau Bas – für nur schwer nachvollziehbar. Hier der Union die Schuld zu geben, durch angebliche Angriffe und unverhältnismäßige Kritik den Rücktritt provoziert zu haben, finde ich vonseiten unseres Koalitionspartners zumindest fragwürdig. Tatsächlich hätte Frau Bas als Vertreterin des linken Parteiflügels der SPD in nächster Zeit mit Blick auf die Reformen umfangreiche Einschnitte in Bereichen beschließen und umsetzen müssen, die sie zuvor stets ausgeschlossen hat. Dass die SPD nun das persönliche Schicksal von Frau Bas nutzt, um die notwendigen Reformen aufzuweichen, halte ich für fatal. Alle wissen, dass es kein „weiter so“ geben kann. Daher darf es auch keine Brems- oder Verzögerungsmanöver geben, egal von welcher Seite.



Die Sitzungswoche selbst war geprägt von **zahlreichen Sitzungen und vergleichsweise vielen namentlichen Abstimmungen**. Unter anderem verabschiedeten wir ein Dutzend Gesetze – mehr dazu auf der dritten Seite. Am Mittwoch hatte ich die Ehre, den Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses bei einem **Austausch mit Vertretern der Republik Taiwan** zu vertreten. Teil der Delegation war dabei auch der **Generalsekretär des Nationalen Sicherheitsrats, Herr Dr. Jaushieh Joseph Wu** – [siehe Foto links](#). Taiwan wird zunehmend von der Volksrepublik China bedroht, die die stabile Demokratie im Pazifik als abtrünnige Provinz ansieht. Wir sicherten unseren Gästen unsere Unterstützung zu, ebenso wie wir die Ukraine weiterhin unterstützen.

In meiner **heutigen Plenarrede** hinsichtlich der **Weltbiodiversitätskonferenz**, die vom 19. bis 30. Oktober in der armenischen Hauptstadt Eriwan stattfindet, ging ich auf die große Bedeutung der Artenvielfalt, aber auch auf die Konsequenzen, die ihr Schutz mit sich bringt, ein. Gerne können Sie sich meine Rede unter diesem [Link](#) ansehen.

In der letzten Zeit unterstütze mich Herr **Moritz Scholl als Praktikant** hier in meinem Berliner Abgeordnetenbüro. Herr Scholl studiert Jura an der Universität in Tübingen und nutzte die Gelegenheit, in der Bundeshauptstadt hinter die Kulissen der Politik zu blicken. So konnte er unter anderem an Sitzungen verschiedener Arbeitsgruppen und Ausschüsse teilnehmen und beteiligte sich aktiv an Aufgaben, die mein Alltag als Bundestagsabgeordneter mit sich bringt.

*Ich wünsche Ihnen ein schönes
Herbst-Wochenende – Ihr*



Vielen Dank Herr Scholl!

Wir am See

Regionalkonferenz der CDU Württemberg-Hohenzollern in Illmensee

Morgen steht ein **außerplanmäßiger Bezirksparteitag der CDU im Regierungspräsidium Tübingen** an, bei dem auch das Amt des Bezirksvorsitzenden neu besetzt wird. Vor diesem Hintergrund hatten die Bewerber für dieses Amt am vergangenen Sonntag die Gelegenheit, sich im Rahmen einer Regionalkonferenz in Illmensee den Mitgliedern und Delegierten vorzustellen. Bei den bislang bekannten Kandidaten handelt es sich um unseren **Europaabgeordneten Norbert Lins**, den **Bundstagsabgeordneten Christoph Naser** sowie den **Landtagsabgeordneten Manuel Hailfinger** – also um drei engagierte Persönlichkeiten, die bereit sind, Verantwortung für unseren Bezirksverband zu übernehmen. Gerne nutzte ich daher die Veranstaltung in der Drei-Seen-Halle, um mehr über die Kandidaten, ihre Vorstellungen und ihre Ideen für die Zukunft unserer Partei zu erfahren. Die Entscheidung fällt dann morgen beim **Bezirksparteitag in Albstadt-Onstmettingen**. Auch ich selbst bin gerne bereit, künftig noch mehr Verantwortung in unserem Bezirksverband zu übernehmen.



„Deutschland – mehr als nur Drehscheibe“. Vortrag beim Reservistenverband Baden-Württemberg

Es war eine sehr große Ehre für mich, beim **Sicherheitspolitischen Jahreskongress des Reservistenverbandes Baden-Württemberg** in Stuttgart am vergangenen Samstag, einen gut einstündigen Vortrag über **Deutschlands Rolle als Verteidiger Europas** zu halten. Wir sind, aufgrund unserer geografischen Lage **die zentrale logistische Drehscheibe der NATO** und müssen fähig sein, uns in dieser Funktion selbst schützen, ansonsten werden wir im Ernstfall zur strategischen Schwachstelle. Wir müssen zu mehr in der Lage sein, als nur den Aufmarsch unserer Bündnispartner zu ermöglichen. Hierfür brauchen wir **eine schlagkräftige Bundeswehr** mit einer leistungsfähigen Luftverteidigung, modernen Ausrüstung und vor allem mit der Fähigkeit, auch über längere Zeit durchzuhalten. Hierfür ist eine starke und einsatzbereite Reserve ebenfalls unverzichtbar. In der sich an meinen Vortrag anschließenden Podiumsdiskussion mit Generalleutnant a. D. Andreas Hoppe und dem Politikwissenschaftler und USA-Experten Dr. Tobias Endler ging es im Großen Konferenzsaal der Industrie- und Handelskammer Stuttgart insbesondere um die **Zukunft der transatlantischen Beziehungen, die militärische Handlungsfähigkeit Europas und um unsere Verantwortung innerhalb der NATO**. Europa muss sicherheitspolitisch rasch eigenständiger werden, ohne dabei die transatlantische Partnerschaft aus den Augen zu verlieren. Hierbei kommt Deutschland eine besondere Verantwortung zu, was wir endlich realisieren müssen. Als Verteidigungspolitiker und aktiver Reservist ist mir besonders wichtig, dass wir **nicht nur über Sicherheit sprechen, sondern auch die notwendigen Fähigkeiten schaffen, um unsere Freiheit und unsere Bündnispartner wirksam verteidigen zu können**. Auch an dieser Stelle danke ich dem Reservistenverband Baden-Württemberg und seinem Vorsitzenden, Oberst d. R. Joachim Fallert, herzlich für die Einladung, die hervorragende Organisation und den wertvollen Austausch.



Auf dem Podium in Stuttgart

Themen der Woche

Fakten, Hintergründe und Informationen warum eine Plastiksteuer abzulehnen ist

Der Entwurf für den Bundeshaushalt 2027 sieht auch die Einführung der sogenannten **Plastiksteuer** vor. Durch sie sollen Plastikverpackungen zukünftig besteuert werden. Aus Sicht unserer Fraktion, aber auch aus Sicht der Unions-Arbeitsgruppe im Umweltausschuss, handelt es sich dabei um ein bürokratisch aufwändiges Vorhaben, dass **auf viele Bereiche sehr schwerwiegende Auswirkungen** haben wird. Nicht nur, dass das Gesetz, genau das Gegenteil von dem erreicht, was es eigentlich beabsichtigt. Denn letztlich wird nämlich eine Zunahme von Verbundverpackungen, die nur schwer recyclebar sind, zu erwarten sein. Zudem wären eine **massive Zunahme der Bürokratie** auf Bundesebene sowie Kosten in Höhe von rund 300 Mio. € die Folge. Hinzu kommen **Wettbewerbsnachteile für deutsche Unternehmen** im EU-Binnenmarkt und gegenüber Drittstaaten sowie eine **hohe zusätzliche Steuerlast** für die ohnehin bereits stark belastete Kunststoffbranche. Mit Blick hierauf gilt es also, eine nationale Plastiksteuer zu verhindern und stattdessen eine einheitliche europäische Lösung anzustreben. Insbesondere, da die jetzt geplante Regelung handwerklich schlecht gemacht ist und die **Einnahmen zudem in keinem Verhältnis zum Aufwand** stehen. Letztendlich sollten auch **schlechte Erfahrungen aus anderen Ländern** unbedingt berücksichtigt werden. So hat Spanien 2023 als bisher einziges EU-Land eine ähnliche Regelung eingeführt und leidet heute unter exakt den oben beschriebenen negativen Folgen – vom Verlust von Unternehmen und Arbeitsplätzen bis hin zum massenhaften Import minderwertiger Verpackungen, während Österreich sich gleich von vornherein gegen eine Regelung wie sie nun in Deutschland geplant ist, entschieden hat.



Zahlreiche richtungsweisende Gesetze im Bundestag verabschiedet

Insgesamt verabschiedeten wir in dieser Sitzungswoche **zwölf Gesetze** in der so genannten 2./3. und somit finalen Lesung. Eine der bedeutendsten Neuerungen ist dabei sicherlich die Einführung der **Frühstartrente**, welche die Möglichkeit schafft, dass bereits im Kindesalter damit begonnen werden kann, Vermögen aufzubauen und so von einem jahrzehntelangen Zinseffekt zu profitieren. Konkret erhalten alle Kinder ab ihrem 6. Geburtstag bis zur Volljährigkeit jeden Monat 10 Euro, die sie unter Anleitung der Eltern am Kapitalmarkt anlegen können. Nach dem 18. Geburtstag kann das Frühstart-Depot dann nahtlos in ein reguläres Altersvorsorgedepot überführt und weiter bespart werden. Mit der Frühstartrente setzen wir ein wichtiges Vorhaben aus unserem Wahlprogramm um. Auch im Bereich der **Akut- und Notfallversorgung** setzen wir durch neue Regelungen Akzente. So soll eine stärkere Vernetzung sowie eine umfassende Digitalisierung zu einer besseren Patientensteuerung und somit zur Vermeidung von Überlastungen, aber auch von Missbrauch im Bereich der Notfallversorgung sorgen. Durch Vereinfachungen hinsichtlich der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik, beispielsweise bei Kontrollen, Sanktionen und Bewirtschaftungsauflagen sorgen wir darüber hinaus für **Entlastungen im Bereich der Landwirtschaft**. Zudem beschlossen wir durch die Novelle des Brennstoffemissionshandelsgesetzes den **CO2-Preis stabil** zu halten.

Zitat der Woche

„Grob ein Drittel der Menschen, die die Notaufnahme aufsuchen sind nach Einschätzung der Notfallmediziner kein wirklicher Notfall. In anderen Ländern ... ist die Zahl viel geringer.“

Bundesgesundheitsminister Dr. Carsten Linnemann in seiner gestrigen Rede zur Reform der Notfallversorgung.

Terminauswahl

Sa., 17.10.2026
Do., 22.10.2026
Mo., 26.10.2026
Mi., 28.10.2026

Bezirksparteitag der CDU Württemberg-Hohenzollern in Onstmettingen.
Austausch beim Unternehmerstammtisch in Überlingen-Andelshofen.
Besuch eine Kommunikationsunternehmens im Wahlkreis Böblingen.
Abendveranstaltung im Rahmen des Bodensee Resilience Summits in FN.